

# Koalition feilt an Verkehrsplan

SPD sieht bei den Innenstadtprojekten letzten Beratungsbedarf – Opposition mahnt zur Eile

VON JÜRGEN HINRICHS

**Bremen.** Martinistraße, Wall, Bürgermeister-Smidt-Straße. Dazu die Neugestaltung der Domsheide und die mögliche Verlegung der Straßenbahn. Alles Projekte, bei denen SPD, Grüne und Linke unter Druck sind. Sie wollten mit ihren verkehrspolitischen Vorhaben eigentlich schon viel weiter gekommen sein. Bis zur Neuwahl der Bürgerschaft in gut einem Jahr soll für die drei Senatsparteien bei den wesentlichen Themen wie Ausbau des ÖPNV, Anbindung des Umlands und vor allem Innenstadtverkehr ordentlich was auf der Habenseite stehen.

Besonders die Grünen sind daran interessiert, weil Mobilität und Umwelt zu ihren Kernbereichen gehören und sie in der Regierung das zuständige Ressort besetzen. Trotzdem hat es lange an Ergebnissen gemangelt, die Behörde gibt das zu: „Es wird selbstkritisch eingeräumt, dass insbesondere die Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans (VEP) deutlich hinter den selbst gesteckten Zielen zurückbleibt“, heißt es in einem internen Schreiben an Behörden und Verbände, das dem WESER-KURIER vorliegt. Grund seien die fehlenden personellen und finanziellen Ressourcen.

„Der Prozess stockt“, hatte die Linke bereits im Dezember beklagt, „uns geht das nicht schnell genug.“ Beispielhaft wurden in der Stellungnahme Projekte wie Umbau der Domsheide, Rückbau der Martinistraße und die mögliche Verlegung der Straßenbahn von der Oberstraße in die Martinistraße benannt. Die Klimakrise erfordere neue Ansätze bei der Mobilität. Der Straßenverkehr sei der einzige Sektor, dessen CO<sub>2</sub>-Ausstoß sich seit 1990 nicht verringert habe.

Aufs Tempo drückt auch die CDU. Wie alle anderen Fraktionen in der Bürgerschaft trägt sie den VEP mit und pocht nun mit Vehemenz darauf, dass die Arbeit daran nach fast einjähriger Pause endlich fortgesetzt wird, wie es in einem Antrag für das Parlament heißt. Einen Termin dafür gibt es gleichwohl noch immer nicht.

Der Verkehrsentwicklungsplan stammt aus dem Jahr 2014 und wird gerade aktualisiert. Nach einer Entscheidung des Senats von November 2019 soll er bis zum Jahr 2030

„Wir sind auf der Zielgeraden.“

Mustafa Güngör, SPD-Fraktionschef

fortgeschrieben werden. Punkte wie der Ausbau des ÖPNV und eine bessere Anbindung von Busse und Bahnen an das Umland sind dabei weitgehend unstrittig.

Konflikte gibt es noch bei den Bedingungen für das stadtweite Parken und für den Autoverkehr in der Innenstadt. Darüber wird zwischen den Koalitionsfraktionen zurzeit verhandelt. Sobald ein Ergebnis vorliegt, soll es Basis für einen modifizierten VEP sein.

Den Schlusspunkt der Beratungen des großen Plans setzt der Projektbeirat, der dem VEP angehängt ist. Neben den Bürgerfraktionen sind dort senatorische Behörden, die Handelskammer und Vertreter des ADAC, des ADFC und der Umweltorganisation BUND vertreten.



Um die Innenstadt herum wird es auf den Straßen weniger Fahrbahnen für Autos geben.

FOTO: ARCHIV/STUDIO B BREMEN

„Bei der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans befinden wir uns innerhalb der Koalition auf der Zielgeraden“, erklärt SPD-Fraktionschef Mustafa Güngör. Insgesamt sehe seine Partei hohe Übereinstimmung, ein paar offene Fragen gebe es allerdings noch. Güngör wird in seiner Stellungnahme nicht konkret, deutet aber an, wo nach wie vor Dissens besteht: „Wir sind guter Hoffnung, dass wir auch bei den strittigen Fragen im innerstädtischen Bereich eine gemeinsame Vorgehensweise finden.“

Beim Wall ist das bereits geschehen. Die Verbindung wird ab Juni vom Tiefer bis zum Doventor zur Fahrradrouten umgebaut und bleibt für Autos dauerhaft eine Einbahnstraße. Zuvor hatte es darüber erbitterte Querelen mit der Handelskammer gegeben.

Ein Selbstgänger wird auch die Martinistraße sein. Weit vor dem noch laufenden Verkehrsversuch waren sich die Koalition und alle anderen Beteiligten am VEP einig, dass dort für Autofahrer nur noch zwei statt vier Fahrbahnen zur Verfügung stehen sollen. Ziel ist, insbesondere den Durchgangsverkehr zu unterbinden.

Im Plan enthalten ist auch die Bürgermeister-Smidt-Straße. Die Grünen drängen auf baldigen Rückbau, müssen aber insbesondere bei der SPD noch Überzeugungsarbeit leisten. Völlig offen bleiben bisher Lösungen für die Domsheide und die Straßenbahn in der Oberstraße. **Kommentar Seite 2**

## Ohne Mundschutz lernen

Senat beschließt Ende der Maskenpflicht an Schulen

VON SARA SUNDERMANN

**Bremen.** Die Kontaktquarantäne für Bremer Kinder und Jugendliche wird abgeschafft. Das hat der Senat am Dienstag beschlossen. Alle unter 18 Jahren oder auch darüber hinaus, solange sie noch die Schule besuchen, sollen künftig nicht mehr als Kontaktpersonen in Quarantäne geschickt werden. Das hat die Bildungsbehörde mitgeteilt.

Mit dem Coronavirus infizierte Kinder sollen aber weiterhin zuhause bleiben. Damit hat sich bei diesem zweiten Punkt die Position von Gesundheitssenatorin Claudia Bernhard (Linke) im Senat durchgesetzt. Bildungssenatorin Sascha Aulepp (SPD) hatte zuvor dafür plädiert, dass infizierte Kinder zwar nicht die Kita oder Schule besuchen, wohl aber in Eigenverantwortung der Eltern die Wohnung verlassen dürfen.

„Der wichtigste Erfolg ist, dass gesunde Kinder nicht mehr nach Hause und in Quarantäne geschickt werden“, sagte Senatorin Sascha Aulepp. „Ich freue mich sehr darüber, dass es für Kinder und Jugendliche ein Stück mehr an Normalität geben wird.“

Neuerungen sind auch in anderen Bereichen geplant. Im Zuge eines Stufenplans will der Senat schrittweise die Maskenpflicht an Schulen abschaffen. Zuerst soll die Maskenpflicht ab Montag, 14. März, an den Grundschulen wegfallen, so Maike Wiedwald, Sprecherin der Bildungsbehörde. „Spätestens mit Beginn der Osterferien soll die Maskenpflicht dann auch an allen anderen Schulen enden“, so Wiedwald.

Die Schnelltests in Kitas und Schulen sollen noch bis Ende April fortgesetzt werden, sodass auch nach den Osterferien noch eine Zeit lang Infektionen durch Tests gefunden werden können. Danach soll es für Schul- und Kitakinder nur noch anlassbezogene Corona-Tests geben – zum Beispiel, wenn Symptome auftreten.

Bremens Planungen könnten noch von bundesweiten Lockerungen überholt werden, wenn sich die Lage schneller entspanne, betont Maike Wiedwald. Die Lockerungspläne für Kitas und Schulen fließen in eine neue Corona-Verordnung ein, die noch in dieser Woche von der Bürgerschaft beschlossen werden soll.



Sascha Aulepp (SPD)

FOTO: FREIE HANSESTADT BREMEN

## 78,7 Millionen Euro für Sanierungen

**Bremen.** Die Sanierung von öffentlichen Gebäuden gilt als wichtiger Baustein der Bremer Klimaschutzstrategie. In diesem Jahr stehen dafür 78,7 Millionen bereit – so sieht es das Gebäudesanierungsprogramm vor, das der Senat am Dienstag beschlossen hat. Etwa 60 Prozent des Geldes seien für die energetische Sanierung eingeplant, teilt das Ressort von Finanzsenator Dietmar Strehl (Grüne) mit.

Vor allem Schulen und Kitas sollen demnach klimagerecht umgerüstet werden. Konkret gehe es zum Beispiel darum, alte Fenster durch neue auszutauschen und die Wärmedämmung der Wände und Dächer zu verbessern. Auch der Einbau neuer Techniken, wie beispielsweise Lüftungen mit Wärmerückgewinnung, steht auf dem Plan. „Die Mammutaufgabe Klimaschutz bekommen wir nur bewältigt, wenn wir alle nutzbaren Hebel in Bewegung setzen. Die energetische Sanierung spielt eine wichtige Rolle zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen“, so Strehl.

Zu den größeren Sanierungsprojekten zählt zum Beispiel die Oberschule an der Lochenstraße in Vegesack: Für die Kernsanierung des Hauptgebäudes sind laut Finanzressort fünf Millionen Euro vorgesehen. Die Oberschule Ranzelenstraße in Horn soll eine neue Sporthalle im Wert von drei Millionen Euro bekommen. **FEW**

### GRUNDSTEINLEGUNG

#### Quba Moschee im Bau

**Bremen.** In Hemelingen ist am Dienstag der Grundstein für die Quba Moschee gelegt worden. Zur Feier waren neben Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) auch Vertreter von Kirchen, der Jüdischen Gemeinde sowie aus der Stadt- und Schulverwaltung anwesend. Der öffentliche Charakter der Feier unterstreiche die Offenheit und Transparenz der Gemeindeglieder der Quba Moschee, so Bovenschulte in seiner Ansprache. Er begrüße den Bau als Bereicherung für das Stadtbild Hemelingsens. **SOM**

ANZEIGE

# 5G

# AKTIONSTAGE

Nur bis 14.03.: Top-Smartphones mit Google ab 1€<sup>2</sup>

Entdecke die Welt auf neue Weise mit Google Lens™.

**Samsung Galaxy S21 Fan Edition 5G**  
für **1€<sup>2</sup>**  
im Tarif MagentaMobil S

**Samsung Galaxy A52s 5G Enterprise Edition**  
für **299 €**  
oder für **1€<sup>2</sup>** im Tarif MagentaMobil S

**Samsung Galaxy S22 Ultra 5G**  
für **99,95 €<sup>2</sup>**  
im Tarif MagentaMobil L

Jetzt mit  
**240 €<sup>1</sup>**  
**CASHBACK**  
in vielen Tarifen

Google und Google Lens™ sind Marken von Google LLC | Bildschirmhalte sind simuliert und Sequenzen gekürzt. | Google Lens™ erfordert eine Internetverbindung. Für die Datenübertragung können Gebühren anfallen.  
1) Im Aktionszeitraum 23.02.–14.03.2022 erhalten Kunden bei Abschluss eines neuen Mobilfunk-Vertrags mit einer Mindestvertragslaufzeit von 24 Monaten in den Tarifen MagentaMobil und Family Card mit oder ohne Endgerät (ausgeschlossen Young Tarife, Special Tarife, DTAG-Tarife, For Friends Tarife, Family Card Basic, Family Card Kids & Teens, Family Card Teens, Community Card Teens EINS und Datentarife) 240 € für MagentaMobil bzw. 120 € für Family Cards auf Ihrem Girokonto gutgeschrieben (z. B. MagentaMobil S ohne Smartphone für 39,95 €/Monat, einmaliger Bereitstellungspreis 39,95 €). Kunden, die eine Vertragsverlängerung durchführen, erhalten ebenfalls die Gutschrift in Höhe von 120 € beim Wechsel in einen höherwertigen Tarif der aktuellen Generation. Die Gutschrift wird nicht in Verbindung mit einer monatlichen Grundpreisbefreiung gewährt, wenn diese mehr als 3 Monate umfasst. Zum Erhalt der Gutschrift (nach Ablauf der Widerrufsfrist) ist bis 31.05.2022 eine Online-Registrierung über [telekom.de/cashback-einloesen](https://telekom.de/cashback-einloesen) mit Vorlage eines Erwerbsnachweises (Eingangs-/Auftragsbestätigung) entsprechend den genannten Bedingungen erforderlich. 2) Aktion gültig bis 14.03.2022. Ausgewählte Smartphones ab 1 €: z. B. Samsung Galaxy S21 FE im Tarif MagentaMobil S, monatlicher Grundpreis 49,95 € (mit Smartphone), Bereitstellungspreis 39,95 €. Mindestlaufzeit 24 Monate. Ab einem Datenvolumen von 6 GB wird die Bandbreite im jeweiligen Monat auf max. 64 KBit/s (Download) und 16 KBit/s (Upload) beschränkt. Oder Samsung Galaxy A52s 5G EE im Tarif MagentaMobil S, monatlicher Grundpreis 59,95 € (mit Top-Smartphone), Bereitstellungspreis 39,95 €. Mindestlaufzeit 24 Monate. Ab einem Datenvolumen von 6 GB wird die Bandbreite im jeweiligen Monat auf max. 64 KBit/s (Download) und 16 KBit/s (Upload) beschränkt. Das Samsung Galaxy S22 Ultra kostet im Tarif MagentaMobil L 99,95 €, monatlicher Grundpreis 89,95 € (mit Premium-Smartphone), Bereitstellungspreis 39,95 €. Mindestlaufzeit 24 Monate. Ab einem Datenvolumen von 24 GB wird die Bandbreite im jeweiligen Monat auf max. 64 KBit/s (Download) und 16 KBit/s (Upload) beschränkt. Nur solange der Vorrat reicht.  
Ein Angebot von: Telekom Deutschland GmbH, Landgrabenweg 151, 53227 Bonn.